

DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE

DIE ITALIENISCHE LINKE AUF DEM WEG ZUR WAHL

Piero Ignazi
September 2022



Der Versuch der PD, eine »republikanische Front« gegen das Rechtsbündnis zu bilden, scheiterte.



Die von Carlo Calenda und Matteo Renzi geschaffene Kraft der Mitte läuft Gefahr, den anderen Mitte-Links-Kräften Stimmen abzuziehen, anstatt die Rechte zu schwächen.



Als »verantwortliche Kraft« war die PD in den letzten zehn Jahren fast immer in der Regierung, hat aber ihre Beziehungen zu weiten Teilen ihrer traditionellen Wählerschaft geschwächt.

DIE ITALIENISCHE LINKE AUF DEM WEG ZUR WAHL



Der Versuch der PD, eine »republikanische Front« gegen das Rechtsbündnis zu bilden, scheiterte.



Die von Carlo Calenda und Matteo Renzi geschaffene Kraft der Mitte läuft Gefahr, den anderen Mitte-Links-Kräften Stimmen abzuziehen, anstatt die Rechte zu schwächen.



Als »verantwortliche Kraft« war die PD in den letzten zehn Jahren fast immer in der Regierung, hat aber ihre Beziehungen zu weiten Teilen ihrer traditionellen Wählerschaft geschwächt.

Die italienische Parteienlandschaft ist vor der anstehenden Neuwahl erneut zwischen rechts und links zweigeteilt und somit bipolar. Das tripolare System der beiden letzten Wahlen, in dem sich die M5S (Fünf-Sterne-Bewegung) abseits des Parteienwettbewerbs zwischen rechts und links verortete, gibt es nicht mehr.

Das um die drei Parteien *Forza Italia*, *Fratelli d'Italia* und *Lega* sowie unbedeutende Kleinparteien gruppierte rechte Lager steht im Wettbewerb mit dem durch geringeren Zusammenhalt geprägten, streitlustigeren linken Lager. Letzteres reicht von der politischen Mitte (Matteo Renzi und Carlo Calenda) bis zu den Rot-Grünen (Linksradikalen und Grünen); sein Dreh- und Angelpunkt ist die Demokratische Partei (PD). Auch die Fünf-Sterne-Bewegung verortet sich diesmal links der politischen Trennlinie.

Seit dem 2018 erzielten Wahlerfolg erlebte die von schier unendlichen Abwanderungen und Spaltungen geplagte M5S einen erheblichen Rückgang. Nun eindeutig links verortet, unterliegt die Bewegung nicht mehr wie früher Links-rechts-Schwankungen, da Giuseppe Conte im Frühjahr, nachdem er sich infolge politischer Wechselfälle und rechtlicher Probleme, die die Legitimität seiner Ernennung infrage stellten, als Parteichef hatte etablieren können, eine »labouristisch« anmutende politische Agenda vorlegte. Die neun Punkte, mit denen Conte den Ministerpräsidenten Mario Draghi dazu anhielt, die Forderungen der (vor Luigi di Maio's Abspaltung) stärksten Regierungspartei zu berücksichtigen, waren zum Großteil wirtschafts- bzw. sozialpolitischer Natur, wie etwa Bürgereinkommen und Mindestlohn. Dementsprechend ist das Wahlprogramm der Bewegung sozialpolitisch und ökologisch ausgerichtet (im letzteren Fall werden alte M5S-Themen aufgegriffen), ohne antipolitische Ressentiments zu schüren: Schließlich kann sich eine Partei, die während der gesamten Legislaturperiode an der Regierung beteiligt war, nur schwer auf jene Polemik gegen die politische Kaste einlassen, die ihr im goldenen Zeitalter Beppe Grillos großen Erfolg bescherte.

Nichtsdestotrotz schloss die PD die M5S aus, als es darum ging, eine »republikanische« Einheitsfront gegen rechts zur Verteidigung der Institutionen ins Leben zu rufen. Grund dafür war, dass sich die M5S im Juli enthielt, als Ministerpräsident Mario Draghi die Vertrauensfrage stellte. Obwohl die PD Conte beharrlich aufgefordert hatte, die Krise zu verhindern, hatte dieser hartnäckig an der Stimmenthaltung festgehalten, was den Sturz der Regierung und vorgezogene Wahlen zur Folge hatte, die Zusammenarbeit der beiden Parteien beendete und sogar das persönliche Verhältnis der beiden Parteiführer in Mitleidenschaft zog.

Nun versuchte die PD eine »republikanische Minifront« mit zwei Flügeln ins Leben zu rufen: rechts die vom ehemaligen EU-Abgeordneten der PD Carlo Calenda gegründete Kleinpartei *Azione* und die ebenso kleine, von Emma Bonino angeführte und aus proeuropäischen Kräften und ehemaligen Radikalen bestehende Gruppierung *+Europa*; links die von Nicola Fratoianni angeführte *Sinistra Italiana* und die vom langjährigen Parteimitglied Angelo Bonelli aus einem langen Dornröschenschlaf zu neuem Leben erweckten Grünen.

Matteo Renzis Kleinpartei *Italia Viva* wurde dabei nicht berücksichtigt. Renzi, ehemaliger PD-Vorsitzender und drei Jahre lang (von Februar 2014 bis Dezember 2016) Ministerpräsident, verließ die PD im September 2019, um seine eigene Partei zu gründen. Obwohl stets ein geschickter Politiker, erntete er mit diesem Schritt nicht viel Zuspruch, im Gegenteil: In den Augen der italienischen Öffentlichkeit gehört er zu den Politiker_innen mit dem geringsten Ansehen. Der Anteil der Wähler_innen, die beabsichtigen, seiner Partei ihre Stimme zu geben, liegt bei knapp über zwei Prozent. Neben seinem von dem der PD weit entfernten Programm trugen selbstverständlich auch die alten Konflikte zwischen Renzi und dem jetzigen PD-Vorsitzenden, den Renzi im Februar 2014 auf unschöne Art und Weise aus dem Amt des Ministerpräsidenten gedrängt hatte, zum Ausschluss von *Italia Viva* aus der unter der Schirmherrschaft von Enrico Letta stehenden republikanischen Front bei.

Die republikanische Einheitsfront war jedoch nur von kurzer Dauer, da es Carlo Calenda plötzlich nicht mehr hinnehmen konnte, dass auch »Rot-Grün«, das heißt *Sinistra Italiana* und die Grünen, Teil dieses Bündnisses war. Wie es seit vielen Jahren üblich ist, nutzte er einen Fernsehauftritt, um anzukündigen, dass er aus dem Bündnis austreten und zur Neuwahl im Alleingang antreten werde. Innerhalb weniger Tage kam er allerdings mit Renzi überein, eine gemeinsame Liste der Mitte aufzustellen.

Die Zusammenarbeit von *Azione* und *Italia Viva* verfolgt ein doppeltes Ziel: Zum einen sollen der gemäßigten Rechten Stimmen entzogen, zum anderen ein eigenständiges Lager der Mitte gebildet werden.

Beide Ziele sind äußerst schwer zu erreichen, da sie auf tönernen Füßen stehen, wenn nicht überhaupt unmöglich sind. Erstens weil es für eine leicht nach links neigende Mitte (beide Parteianführer stammen nämlich aus der PD, sind betont europafreundlich und befürworten eine Stärkung der Bürgerrechte) fast unmöglich ist, rechte Wähler_innen anzuziehen. Insbesondere die von ITANES durchgeführten Studien zum Wahlverhalten haben gezeigt, dass der direkte Wechsel von rechts nach links ein Randphänomen ist. Seit 1996, als sich die zwei gegensätzlichen Lager entlang der Rechts-links-Trennlinie etablierten, ist die Wählerschaft polarisiert und bewegt sich nicht mehr vom Fleck. Die Wahlerfolge des einen oder anderen Lagers ergaben sich aus der Verdrossenheit ehemaliger Wähler_innen, die sich der Stimme enthielten, bzw. daraus, dass enttäuschte Nichtwähler_innen an die Urnen zurückgeholt wurden. Nur wer ehemalige Anhänger_innen wieder für sich gewinnen kann, gewinnt auch die Wahlen.

Dieser Überlegung widerspricht auch die große Veränderung der Parteienlandschaft zwischen 2013 und 2018 nicht. Im Gegenteil: Ein derartiger Wählerwechsel konnte nur erfolgen, weil mit der M5S ein neuer Akteur die Wahlkampfarena betrat, dessen Hauptanliegen eben darin bestand, sich nicht entlang der Rechts-links-Achse zu verorten und die für sie charakteristischen Begriffe infrage zu stellen. Ohne politische Tradition und Färbung schaffte es die M5S, Wähler_innen aus

beiden Lagern anzuziehen, während der direkte Wechsel von rechts nach links und umgekehrt 2013 unter zwei Prozent und 2018 bei etwa fünf Prozent lag. Folglich lässt sich die Absicht, Wähler_innen zum Wechsel von einem zum anderen Lager zu bewegen, auch dann nur schwer verwirklichen, wenn man sich als die »Mitte« in Szene setzt.

Zweitens steht nebst dem eben beschriebenen Mechanismus auch die dem italienischen Wahlrecht innewohnende Logik im Widerspruch zur Bildung einer zwischen rechts und links verorteten, eigenständigen Mitte. Das 2018 erstmals angewendete Rosato-Gesetz (Wahlreformgesetz) sieht zwar eine Kombination aus zwei Wahlsystemen vor, nämlich dem Mehrheits- und dem Verhältniswahlrecht, aber nicht zwei Stimmen pro Wahlberechtigten (der oder die Wahlberechtigte muss entweder für eine Person oder für eine Liste stimmen). Das bedeutet, dass man nicht zwei verschiedene Listen wählen kann: Wer im Einerwahlkreis einen bestimmten Kandidaten oder eine bestimmte Kandidatin wählt, wählt automatisch auch die Wahlliste, der diese_r Kandidat_in angehören muss. Und umgekehrt: Wer für eine bestimmte Partei stimmt, stimmt automatisch auch für ihren Kandidaten oder ihre Kandidatin. Das italienische Wahlrecht funktioniert also ganz anders als das deutsche, das ein Stimmensplitting ermöglicht. Etwa ein Drittel der Abgeordneten und Senatoren werden nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt, die restlichen zwei Drittel nach dem Verhältniswahlrecht. Ins Parlament zieht ein, wer mindestens drei Prozent der Stimmen (Sperrklausel) erhält.

Die Anziehungskraft der Mitte in einem durch ein gemischtes Wahlrecht gestärkten bipolaren Parteiensystem und angesichts einer traditionell streitlustigen politischen Kultur, in der sich gemäßigte Positionen nicht auszahlen, ist zwangsläufig gering. Auch das Beispiel der 2013 vom Ministerpräsidenten Mario Monti gegründeten Liste, die trotz hoher Zustimmungsraten nicht einmal auf zehn Prozent kam, ist kein gutes Omen.

Angesichts der bereits erwähnten politischen Herkunft der Hauptakteure des Bündnisses der Mitte und ihres zwar gemäßigten, aber doch reformistischen und liberalen Programms ist es wahrscheinlich, dass dieses Bündnis mehr linke als rechte Wähler_innen für sich gewinnen wird. Letztlich wird es sich somit als Dorn im Auge der stärksten Partei des linken Lagers entpuppen.

+Europa, die bis dahin mit *Azione* eine Allianz bildete, um in der republikanischen Front ein Gegengewicht zur PD darzustellen, teilte nicht den Entschluss von *Azione*, das Wahlbündnis mit der PD aufzukündigen. In ihren eher liberalen wirtschaftspolitischen Ansichten und in ihrem fundamentalen Desinteresse an sozialen Fragen unterscheidet sich diese Kleinpartei sehr wohl von der PD, setzt sich jedoch in der Tradition ihrer charismatischen Vorsitzenden Emma Bonino, die seit den 1970er Jahren in der Radikalen Partei (PR) für die Bürgerrechte kämpfte, für die Bürgerrechte ein.

Das von Enrico Letta initiierte Bündnis verfügt also weiterhin über einen rechten Flügel.

Sein linker Flügel besteht hingegen aus dem Wahlbündnis aus Grünen und *Sinistra Italiana* (SI). Ihrerseits ist SI der Zusammenschluss von Teilen des linksradikalen Lagers, die einst anderen Gruppierungen angehörten, wie etwa der mittlerweile fast gänzlich verschwundenen und seinerzeit von Fausto Bertinotti geführten Partei *Rifondazione Comunista* oder der *Sinistra Ecologia Libertà* (SEL), die Nichi Vendola, einst *Rifondazione*-Mitglied, nach der verheerenden Wahlniederlage von 2008 gründete und die wie Phönix aus der Asche von *Rifondazione* stieg; ferner gehören ihm einige Abtrünnige der PD an, die diese im Laufe der vergangenen Jahre, vor allem unter Renzi, verließen.

Liberi e Uguale (LeU), eine von historischen Führungsfiguren der PCI und ihrer Nachfolgeparteien, die unter Renzi die PD verließen (etwa Massimo D'Alema, Pierluigi Bersani und Sergio Cofferati), 2017 gegründete Kleinpartei, kann nicht dem linken Flügel des Bündnisses zugerechnet werden. Seit geraumer Zeit, das heißt seit Beginn der Amtszeit Nicola Zingarettis als PD-Vorsitzender 2018 und dann später unter Enrico Letta, nähern sich LeU und PD schrittweise an, sodass sie nun fast gar nichts mehr voneinander unterscheidet. Das ist auch dem jungen, als Gesundheitsminister während der Coronapandemie sehr geschätzten LeU-Mitglied Roberto Speranza zu verdanken. Auch das gute Zusammenspiel zwischen Speranza und Premierminister Draghi trug zur Annäherung der LeU an die PD, der Draghi am allernächsten stehenden Partei, bei.

Nun zu den Grünen. Die geringe Überzeugungskraft ihrer Führungsmannschaft, die ausgeprägte parteiinterne Streitlust und ein dramatischer Mangel an Organisation hatten dazu geführt, dass diese Partei über mehrere Jahre von der politischen Bühne Italiens verschwand. Außerdem wandte sich auch die viel überzeugendere M5S dem Thema Umwelt zu und entzog den Grünen damit ihren politischen Boden. Allen Wahlbündnissen, die eingegangen worden waren, zum Trotz scheiterten bei den letzten drei Wahlen ihre Versuche, erneut ins Parlament einzuziehen. Jetzt, wo der Klimawandel, die große mediale Sichtbarkeit der Aktionen Greta Thunbergs und die Bewegung *Fridays for Future* ökologischen Fragen wieder große Popularität bescherten, bietet sich den Grünen die Gelegenheit, ihr Ziel zu erreichen. Das Wahlbündnis mit der Demokratischen Partei war deshalb möglich, weil die Positionen der Grünen und der PD bei einigen dieser Fragen sich decken. Doch gibt es einen Aspekt, der SI und Grüne deutlich von der PD und +Europa, aber auch von *Italia Viva* und *Azione* unterscheidet, nämlich ihre Haltung zum Ukrainekrieg und generell ihre außenpolitischen Positionen. Seit jeher bekennen sich Grüne und SI zum Pazifismus; zwar verurteilen sie die russische Aggression, doch stehen sie der Entscheidung der Regierung, Waffen in die Ukraine zu schicken, kritisch gegenüber. Genauso kritisch sehen sie die Rolle Italiens innerhalb des Nordatlantikkpakts und das Vorgehen der NATO selbst, ohne jedoch euroskeptisch zu sein. Ganz im Gegenteil gehören die Grünen zu den stärksten Befürworter_innen Europas.

Und zu guter Letzt die PD. Sie tritt als Koalitionspartner der letzten beiden Regierungen – Kabinett Giuseppe Conte II

(September 2019 bis Januar 2021) und Kabinett Mario Draghi (Februar 2021 bis Juli 2022) – dieser Legislaturperiode zur Wahl an. In derjenigen davor bekleideten zwei PD-Mitglieder das Amt des Ministerpräsidenten – zunächst, von April 2013 bis Februar 2014, Enrico Letta als Regierungschef einer Großen Koalition und danach bis zum Ende der Legislaturperiode im März 2018 Matteo Renzi, als Chef einer PD-Regierung mit einem kleinen Juniorpartner, der aus wenigen, nach der Verurteilung Berlusconis und dessen Ausschluss aus dem Senat aus *Forza Italia* ausgetretenen Vertreter_innen der politischen Mitte bestand.

Ferner war die PD zuvor – von November 2011 bis zum Ende der Legislaturperiode (Februar 2013) – an Mario Montis Regierung der nationalen Einheit beteiligt. Kurz: Nur während des »gelb-grünen« Intermezzos – das heißt während der von Juni 2018 bis August 2019 dauernden Koalition aus M5S und *Lega* – war die Demokratische Partei in der Opposition. Ihre lange Regierungserfahrung – auch wenn als Partner unterschiedlicher Koalitionen und mit unterschiedlichen Regierungschefs – führte dazu, dass sie als Rückgrat der Regierbarkeit verstanden wird: Die PD ist die Systempartei schlechthin. Und dennoch: Mit Ausnahme der kurzen Erfolgsphase Matteo Renzis – von seinem Triumph bei der Europawahl 2014 (40,1 Prozent der Stimmen) bis zum Scheitern des von ihm im Dezember 2016 angeregten Verfassungsreferendums – war es nie die PD, die die Prioritäten der politischen Agenda bestimmte. Stattdessen handelte sie im Wesentlichen als Vermittlerin unterschiedlicher Interessen – sowohl parteiintern als auch zwischen den Koalitionspartnern – und appellierte stets an das Verantwortungsbewusstsein, um Systemkrisen zu verhindern. Wenn es darum ging, die eigenen politischen Forderungen durchzusetzen, kam es innerhalb der PD aufgrund des Wissens um die institutionelle und finanzielle Schwäche Italiens zu einer Art »Selbstkasteiung«: Das Parteiinteresse musste stets hinter den Interessen des Landes zurückstehen. Dieses »Verantwortungsbewusstsein« brachte der PD die Achtung der italienischen und internationalen Eliten ein, vor allem auf EU-Ebene.

Aufgrund dieser »Verantwortungskultur« nahm es die PD im September 2019 auf sich, mit der Fünf-Sterne-Bewegung, die sie bis zum Vortag aufs Schlimmste beschimpft und der unmöglichsten Dinge beschuldigt hatte, eine Regierungskoalition zu bilden. Zwar wären sofortige Wahlen damals für die PD von Vorteil gewesen, doch wurden aus allen Himmelsrichtungen Appelle an die Parteiführung gerichtet, sie solle nicht das Risiko eingehen, das »Land Salvini zu überlassen« (so äußerte man sich damals). Die PD handelte also verantwortungsbewusst und trat der immer noch von Conte geführten Regierung bei. Nach dem Rücktritt von Conte (als Reaktion auf das Ausscheiden von Renzis Kleinpartei aus der Koalition) war es für die PD wiederum eine Selbstverständlichkeit, auch der von Draghi geführten Großen Koalition beizutreten.

Doch infolge dieser »verantwortungsbewussten« Entscheidungen wurde das Verhältnis zwischen der PD und ihrer Wählerschaft immer schwieriger. Trotz ihrer langen Regierungserfahrung kann die Partei nur sehr wenige wahl-

kampftaugliche Erfolge vorweisen; schlimmer noch, manche PD-Projekte, wie etwa die Jobs Act genannte Arbeitsmarktreform oder die unter Renzi eingeführte Schulreform, werden nun von der neuen Parteiführung infrage gestellt, weil sie der linken politischen Kultur ganz und gar nicht entsprechen. Das Hauptproblem der PD liegt in der Tat darin, ihre politische Linie im Laufe der letzten zehn Jahre radikal geändert zu haben. Mit seinem Tatendrang und seiner Innovationskraft sorgte Matteo Renzi für Begeisterung, bewirkte jedoch auch eine deutliche Kehrtwende im Hinblick auf die traditionellen Werte der Partei, die Verlegenheit, Ratlosigkeit und schließlich Parteiaustritte auslöste. Trotz eiserner Kontrolle über Partei und Fraktion (deren Mitglieder Renzi 2018 aufgrund ihrer Loyalität ausgewählt hatte, wobei er der parteiinternen Opposition nur die Brosamen übrig ließ) zwang ihn die verheerende Wahlniederlage zum Rücktritt. Der Widerstand seiner Getreuen verhinderte jedoch eine schnelle Nachfolge: Erst nach einer langen Übergangsphase wurde Nicola Zingaretti zum neuen Vorsitzenden gewählt, wodurch die PD in eher traditionell sozialdemokratische Bahnen zurückkehrte. Doch aufgrund der von ehemaligen Renzi-Anhänger_innen verursachten parteiinternen Konflikte gelang es ihr nicht, sich wieder eindeutig und überzeugend zu positionieren. Als später die Regierung unter Draghi ihr Amt antrat und die parteiinternen Konflikte immer heftiger und brisanter zu werden drohten, sah sich Zingaretti zum Rücktritt gezwungen. Sein Nachfolger wurde etwas überraschend Enrico Letta, der dafür seinen renommierten Posten als Leiter der Paris School of Public Affairs an der Sciences Po in Paris aufgab, gewählt.

Dem neuen Vorsitzenden gelang es, die parteiinterne Streitlust zu zügeln und die Partei davon zu überzeugen, die Regierung unter Draghi zu unterstützen. Und in der Tat war die PD während dieser eineinhalb Jahre die eigentliche Partei des Ministerpräsidenten, die auch gegenüber den Koalitionspartnern alle von der Regierung getroffenen Maßnahmen verteidigte, insbesondere als es um die Bekämpfung der Pandemie und die Unterstützung der Ukraine ging.

Trotz ihrer Loyalität gegenüber der Regierung (oder vielleicht eben aufgrund dieser Loyalität) befindet sich die PD in diesem Wahlkampf in einer sehr schwierigen Lage, und zwar erstens aufgrund des Vermächtnisses der Regierungsbeteiligung, der sogenannten Draghi-Agenda. Letta, aber auch Calenda und Renzi, erklärten sich bereit, das Werk des ehemaligen Ministerpräsidenten fortzuführen. Doch während sich die neue Mitte als der wahre Interpret und Garant der Draghi-Agenda inszeniert, stellte Letta klar, dass es eine eigenständige »PD-Agenda« geben werde. Hiermit grenzte er sich einerseits von seinen Verbündeten aus der Mitte, andererseits von der letzten Regierung ab, die ja bei der breiten Wählerschaft bei Weitem nicht auf eine so große Zustimmung gestoßen ist wie bei den Eliten und der Presse.

Die PD-Agenda ist im Moment allerdings noch nicht genau definiert, da es trotz einiger Anregungen an einem anschlussfähigen Schwerpunktthema mangelt. Einer der wenigen herausragenden Programmpunkte ist das sogenannte *ius scholae*, das heißt der Anspruch auf Einbürgerung der in Italien Geborenen, die mindestens fünf Jahre im Inland

zur Schule gegangen sind. Angesichts des ausländerfeindlichen Programms der Rechten kann dieser Vorschlag jedoch schwer in den Mittelpunkt der Debatte rücken. Ein weiterer Punkt ist die durch eine (in Italien praktisch nicht bestehende) Erbschaftssteuer zu finanzierende Mitgift von 10.000 Euro für jeden 18-Jährigen als Startkapital für das persönliche Lebensprojekt. Ferner schlägt die PD vor, die Bürgerrechte zu stärken – vom Anti-Homophobie-Gesetz, das die Rechte ablehnte, bis zur Sterbehilfe.

Was die oben genannten Themen betrifft, besteht unter allen Mitte-links-Parteien, M5S eingeschlossen, großes Einvernehmen. Die Unterschiede zeigen sich hingegen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Während Renzi und Calenda einen im Wesentlichen wirtschaftsliberalen Ansatz verfolgen, sind die von Linksradiikalen und Fünf-Sterne-Bewegung vorgeschlagenen Lösungen für die soziale Sicherung und den Schutz der Geringverdiener_innen viel radikaler. Die PD teilt einige Forderungen ihres linken Flügels, etwa die nach einem Mindestlohn. Da sie es parteiintern nicht allen recht machen kann, setzt sie im Wahlkampf nicht ausdrücklich auf diese politische Linie. Alles in allem wird die PD von einem gemäßigten Flügel gebremst, der Renzi bei seinem Parteiaustritt nicht folgte, obwohl er sein Programm fast hundertprozentig befürwortete. Dieser Flügel hindert die Partei daran, sich als authentische *Labour*-Partei zu profilieren. Die PD läuft Gefahr, sich durch die gegensätzlichen Positionen der Fünf-Sterne-Bewegung auf der einen Seite und der Mitte auf der anderen in eine Zwickmühle zu manövrieren, ohne dabei ihren Wähler_innen ein überzeugendes Angebot zu machen – weder den jüngst hinzugewonnenen »bürgerlichen, gebildeten und großstädtischen« Wähler_innen noch den seit Renzis Zeiten verdrossenen »gering verdienenden, weitgehend ungebildeten Wähler_innen aus den Randbezirken der Städte und aus Süditalien«.

ÜBER DEN AUTOR

Piero Ignazi ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität von Bologna. Er zählt zu den führenden Parteiforschern Italiens.

IMPRESSUM

Friedrich-Ebert-Stiftung |
Piazza Capranica 95 | 00186 Rom | Italien

Verantwortlich:
Dr. Tobias Mörschel | Direktor | FES Italien
Tel.: +39 06 82 09 77 90
<https://italia.fes.de/>

Bestellungen/Kontakt:
info@fes-italia.org

Facebook:
[@FESItalia](https://www.facebook.com/FESItalia)

Twitter:
[@FES_Italia](https://twitter.com/FES_Italia)

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.